



An den Vorsitzenden
des Jugendhilfeausschusses
Herrn Dr. Ralf Heinen

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 08.12.2016

AN/2083/2016

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Jugendhilfeausschuss	13.12.2016

Jugendbefragung in Köln – Wie wollen wir zusammen leben?

Anfrage zu TOP 8.2.1

Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln – Planungszeitraum 2016 – 2020 – Bestands- und Bedarfsanalyse, Maßnahmenplanung

Sehr geehrter Herr Dr. Heinen,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.12.2016 zu nehmen:

Die SPD-Fraktion nimmt den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln für den Planungszeitraum 2016 – 2020 zur Kenntnis, begrüßt die darin vorgestellte Maßnahmenplanung und betrachtet diese als Leitplanken für die weitere Ausrichtung und Vertiefung der Jugendpolitik in Köln.

Die SPD-Fraktion hält vor allem die Jugendbefragung (M7) für ein hervorragendes Instrument, um die Partizipation von Kindern- und Jugendlichen zu fördern und ihnen wirklich eine Stimme bei der Weiterentwicklung des Angebotes für Kinder- und Jugendliche in Köln zu geben.

Wir halten es daher für entscheidend, dass eine Befragung möglichst umfassend bei allen Kindern und Jugendlichen ankommt und auch der Rücklauf der Antworten einen repräsentativen Ausschnitt der Kölner Kinder und Jugendlichen darstellt, der verschiedene Altersstufen, Schulformen und unterschiedliche Bedarfslagen berücksichtigt.

Dabei sind – wie von der Verwaltung auch vorgesehen – die Erfahrungen anderer Kommunen mit einer Jugendbefragung zu berücksichtigen und die Träger der freien Jugendhilfe über den AK nach § 80 SGB VIII zu beteiligen.

Hierzu bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Zeitraum und unter welchen Rahmenbedingungen kann die geplante Jugendbefragung durchgeführt werden?
2. Bis wann schätzt die Verwaltung, ein abgestimmtes Durchführungskonzept hierfür vorlegen zu können?
3. Wie plant die Verwaltung sicherzustellen, dass eine repräsentative Anzahl und Verteilung an Antworten zur Auswertung zur Verfügung steht. Ist hier geplant, die Schulen als Kooperationspartner für die Befragung einzubinden. Sind auch Möglichkeiten zur Online-Beteiligung vorgesehen?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion